

Aktuelle Debatte, Sitzung vom 1. 12. 2005-12-02

Frau Bröcker

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

auch ich werde versuchen, mich sehr kurz zu fassen und möchte Ihnen mit etwas Medienunterstützung anhand einer Power-Point-Präsentation noch einmal den Hintergrund des Forschungsprojektes, an dem wir uns beteiligt haben, zeigen. Es handelt sich um ein Modellprojekt der Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf, das sich zum Ziel setzt, Gesundheit, Soziales und Jugendhilfeplanung integriert zu betrachten. Dazu wurden 35 Indikatoren ausgewählt, die sozusagen die Lage in der Stadt beschreiben sollen. Besonderer Schwerpunkt im Bereich Gesundheit war die Kindergesundheit. Natürlich war ein großer Schwerpunkt auf die demographische Entwicklung gerichtet. Wir haben hier noch mal die klassischen Bäume der demographischen Entwicklung dargestellt. Diese sind Ihnen ja bekannt. Ich muss sie nicht weiter erläutern. Sie sehen natürlich, dass der schmale Stamm immer länger wird. Das heißt, die Zahl der jungen Leute nimmt ab. Das wird auch über zwei Dekaden noch so anhalten. Das heißt, uns steht bevor, dass die Bevölkerung weiter schrumpft. Sie wird älter. Die Zahl der Personen im Erwerbsalter sinken und wir werden auch perspektivisch eine regionale Umverteilung der Bevölkerung haben und gegebenenfalls steigende Zuwanderungszahlen.

Was sind nun die sozialpolitischen Herausforderungen der Zukunft?

Ein zentrales Thema, das auch für die nächsten Jahre hier in dieser Region eine große Rolle spielen wird, ist die hohe Langzeitarbeitslosigkeit, die sich verfestigende Arbeitslosigkeit, es sind die Veränderungen, die durch Stadtumbau, ja Veränderungen der sozialen Infrastruktur hervorgerufen werden. Es sind trotz sinkender Kinderzahlen steigende Ausgaben in der Jugendhilfe angesichts einer wachsenden Überlastung von Familien. Das heißt, wir haben immer mehr Familien, die nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, ihre Kinder zu erziehen. Wir haben eine Zunahme an psychisch Kranken. Die stationären Einrichtungen können ein Lied davon singen. Sie sind immer voll belegt. Und wir haben eine Zunahme an Menschen mit Altersdemenz. Schon heute sind 50 bis 60 Prozent der Bewohner in Altenpflegeheimen an Demenz erkrankt. Auch die Pflegebedürftigen in der häuslichen Versorgung sind zu 50 Prozent von dieser Krankheit betroffen.

Gleichzeitig haben wir, das wurde eben auch schon gesagt, angesichts immer knapper werdender Ressourcen dafür zu sorgen, dass die Angebotsstrukturen und die Flexibilität der Angebotsstrukturen diesen wachsenden Herausforderungen auch gerecht wird.

Nun möchte ich es nicht bei diesem Bericht bewenden lassen, sondern auch aufzeigen, welche Handlungsmöglichkeiten eine Kommune hat und was wir tun können bzw. was wir auch schon getan haben.

Fangen wir mal bei der demographischen Entwicklung an. Die Erhöhung der Geburtenrate entzieht sich leider einer direkten politischen Steuerung. Sonst hätten wir hier sicherlich schon einen Stadtratsbeschluss dazu herbeigeführt. Aber ich denke, man kann sie auch aktiv gestalten. Man kann sie z. B. durch eine besondere Wertschätzung für Kinder und Familie durch ein lokales Bündnis für Familie positiv zu gestalten versuchen. Man kann sie auch dadurch zu gestalten versuchen, dass man Zuwanderer als besonders willkommen heißt. Wir versuchen gerade, indem wir ein Integrationskonzept für Zuwanderer erarbeiten, hier auch einen klaren politischen Schwerpunkt zu setzen. Und wir sind im Zusammenhang mit dem Bundesministerium für Bauen und Verkehr an einem Projekt beteiligt, das in Kürze starten

wird, das sich Rückkehragentur nennt, das dazu beitragen soll, dass junge Leute, die wegwandern, es attraktiv finden, auch wieder zurückzukommen, dass sie mit uns in Kommunikation bleiben und dass dadurch die Stadt auch für Abgewanderte weiter erhalten bleibt. Nun mag man solche kleinen Projekte belächeln. Allerdings werden sie in ihrer Gesamtheit dann doch eben wichtig und erlangen Bedeutung. Andere Handlungsmöglichkeiten, um die demographische Entwicklung zu beeinflussen, haben wir leider nicht.

Was wir ansonsten tun, um uns auf die demographische Entwicklung vorzubereiten, ist auch in der Vergangenheit schon gemacht worden: Wir haben hier ein sehr gutes präventives Konzept über die Alten-Servicezentren und Offenen Treffs. Das ist im Vergleich mit vielen anderen Kommunen beispielhaft. Das kann ich hier so offen sagen, weil das lange vor meiner Zeit in Angriff genommen worden ist und weil der Stadtrat dies auf stabile finanzielle Füße gestellt hat. Wir haben in vielen Stadtteilen, in vielen Einrichtungen generationsübergreifende Ansätze. Ich denke, das ist der richtige Weg, auf dem wir auch weiter machen wollen.

Das bürgerschaftliche Engagement hier in der Stadt hat eine enorme Qualität und Quantität. Es gibt eine bundesweite Untersuchung, die da sagt, 1/3 der Bevölkerung ist ehrenamtlich engagiert. Bezogen auf die Stadt Magdeburg würde das bedeuten, es sind 70.000 Leute hier ehrenamtlich aktiv. Das halte ich ehrlich gesagt nicht für so unwahrscheinlich, wenn man die Sportvereine, die vielen sozialen Treffs und die sonstigen Freizeitaktivitäten mal alle zusammennimmt. Ein weiteres Drittel, sagt diese bundesweite Untersuchung, wäre bereit, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Dieses Potential gilt es auch zu erschließen und mit einzubeziehen. Da ist die Freiwilligenagentur, über die der Stadtrat in Kürze zu entscheiden hat, ein Baustein. Das bürgerschaftliche Netzwerk haben wir bereits und es ist sehr aktiv.

Ein dritter wichtiger Punkt ist, dass wir die Selbsthilfepotentiale, die unsere Menschen hier in der Stadt haben, befördern müssen. Wir haben 160 Selbsthilfegruppen. Die sind überwiegend im Gesundheitsbereich tätig. Aber es gibt auch in anderen Lebensbereichen Selbsthilfegruppen. Ich will mal ein Beispiel nennen, die „Lebensmitte“ in Olvenstedt ist ein solches Beispiel, wo sich Menschen, die in Arbeitslosigkeit leben, die vielfältige Probleme haben und sich zusammen tun und gegenseitig unterstützen. Ich will auch das aktuelle Beispiel nehmen: Langzeitarbeitslose über 50, die Silberpfeil-Initiative, bezogen auf Magdeburg. Schon auf die erste Einladung haben 50 Arbeitslose reagiert. 25 davon waren sofort bereit, sich auch weiter mit diesem Thema zu befassen, sich einzubringen. Beim ersten Folgetreffen waren es dann schon wieder 50. Das heißt, es gibt hier bei den Menschen eine große Bereitschaft, sich einzubringen und hier etwas zu verändern.

Nehmen wir das Thema Langzeitarbeitslosigkeit. Mit diesem Thema werden wir uns hier noch sehr lange befassen müssen, bedauerlicherweise. Alle wissen, dass die Arbeitsmarktsituation sich nicht in ein bis zwei Jahren auflösen wird, sondern bis 2015 werden wir noch mit einer anhaltenden Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Das heißt, wir müssen in der Kommune alles tun, damit die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik so wirkungsvoll gesteuert werden, dass sie einen möglichst guten Effekt haben. Ein besonderes Thema ist dabei natürlich die Prävention. Und da bin ich beim Thema Jugendarbeitslosigkeit. Wenn wir hier feststellen müssen, dass 14 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Schulabschluss verlassen, ein überdurchschnittliche hohe Anteil, der höchste Anteil bundesweit, wenn wir wissen, dass 25 Prozent der Jugendlichen ihre Berufsausbildung abbrechen, dann ist das ein Thema, um das man sich kümmern muss. Das ist natürlich nicht alles kommunale Sache. Da ist natürlich die Schule als Landeseinrichtung ganz wesentlich zu beteiligen. Aber es ist ein Thema, bei dem wir als Kommune auch nicht einfach zugucken

können. Insofern werden wir Ihnen im Januar ein Programm für benachteiligte Jugendliche vorlegen, bei dem wir genau diese Schnittstelle zwischen Schule, Berufsausbildung und Arbeit besser steuern wollen. Und wir hoffen, dass wir die Schulen hier und damit das Land mit in das Boot bekommen. Denn die Jugendlichen, die jetzt arbeitslos sind und in Hartz IV sind, haben zu über 50 Prozent keinen Berufsabschluss und haben zu 20 Prozent keinen Schulabschluss. Das heißt, wir produzieren die Arbeitslosen von Morgen und das, obwohl wir genau wissen, schon heute, dass wir einem Fachkräftemangel entgegengehen: Wir brauchen gerade auch diese Jugendlichen, damit die Betriebe vor Ort ihren Fachkräftebedarf auch decken können.

Es geht auch um eine Sozialraum- und Familienorientierung in der Gestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir wissen, dass hier in der Stadt die Stadtteile unterschiedlich stark unter der Arbeitslosigkeit leiden, dass es Quartiere gibt, wo besonders viele Arbeitslose wohnen und wo damit auch die sozialen Problemlagen kumulieren. Hier wollen wir künftig wirkungsvoller die Mittel einsetzen. Hartz IV hat uns auch als Kommune da mehr Möglichkeiten der Mitsteuerung gegeben. Insofern denke ich, ist es sinnvoll, dass wir gerade die Familien stützen, die durch Langzeitarbeitslosigkeit auch in ihrem sonstigen Leben ein bisschen aus dem Ruder gekommen sind. Das macht Sinn und das ist möglich, und ich hoffe, dass wir auch Wirkungen in positiver Richtung dadurch erzeugen können.

Ein Wort noch zu den Familien mit den immer geringer werdenden Erziehungskompetenzen und Ressourcen. Das ist natürlich ein zentrales und ein wichtiges Thema. Es gibt ein gutes afrikanisches Sprichwort: Zur Erziehung eines Kindes braucht man ein ganzes Dorf. Übertragen auf die heutige moderne Gesellschaft bedeutet das, wir müssen unsere Systeme so justieren, dass dann wenn die Eltern ausfallen, teilweise ausfallen, andere dafür eintreten. Das sind natürlich erst mal die nahen Angehörigen. Das sind die Nachbarn. Das ist aber dann auch die Jugendhilfe mit ihrem System. Da können wir uns mit den Sozialzentren, die hier eine wichtige Rolle spielen, und mit den Freien Trägern zusammen auf ein gutes System, das an den Problemlagen von Familien sehr nah dran ist, verlassen, nicht in Gänze verlassen, weil wir nicht alle Kinder, denen es hier in der Stadt schlecht geht, so genau im Blick haben können. Aber ich denke, das ist ein Kernpunkt. Wir dürfen nicht zulassen, dass solche Überschriften, wie Tim, Jessica zum Leben dazugehören. Das ist nur die Spitze eines Eisberges. Dahinter stehen viele Kinder auch hier in der Stadt, die nicht auf der Sonnenseite leben, denen muss unsere ganze Aufmerksamkeit gelten. Dazu gehört eben auch Personal und dazu gehört es, dass wir hier verlässliche Finanzierungsstrukturen haben. Ganz ohne Geld geht diese Arbeit nicht.